

In Krisenzeiten steht immer ein Thema zur Diskussion:

Wirtschaft und Ethik - ewiger Widerspruch?

Was hat Wirtschaft, die materielle Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, mit Ethik, den Ansprüchen sittlichen Handelns der Menschen, zu tun? Die Antwort fällt oft sehr kontrovers aus.



Foto: Fotolia.com/Diana Kosanic

Um eine zeitgemäße Antwort auf die Frage im Titel ringen Philosophen, Religionslehrer, Kirchenfürsten, Moralphilosophen und Staatsmänner, aber sie drücken sich oft so kompliziert aus, dass der Mann oder die Frau von der Straße nur „Bahnhof“ versteht und sich scheinbar näher liegenden Problemen zuwendet.

Das ist unbefriedigend. Denn Tag für Tag liefern uns die Medien neue Fälle in

Haus, die uns zum Nachdenken bringen und manchmal sogar in Gewissenszweifel stürzen, was in unserer globalen Welt - Stichwort „die Erde als Dorf“ - ethisch vertretbar oder verwerflich ist.

Es geht um eine ehrliche Antwort auf die Frage, was an den sich täglich ereignenden Kontroversen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ein verantwortungs-, instinkt- und taktloser Auswuchs unse-

rer Zeit ist und abgestellt gehörte und was als neue Idee, als zukunftssträchtiger Denk- und Handlungsansatz akzeptabel, ja unterstützungswürdig ist.

Fallbeispiele

Wenn ein führender Banker vor der Entscheidung steht, ob er allzu riskante Spekulationen, die der Vorstand gegen seinen Expertenrat beschlossen hat, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats mitteilen, ge-

benenfalls von seinem wohl dotierten Amt zurücktreten soll, um einen drohenden Milliarden Schaden zu verhindern, oder ob er besser stillhalten, sich der internen Überzeugungsarbeit zuwenden soll, um so einen öffentlichen Skandal, einen Run der Sparer auf seine Bank und dadurch deren Konkurs samt Verlust von tausenden Arbeitsplätzen zu verhindern, dann ist das ein Thema der Wirtschaftsethik.

Konkret wurde dieser Fall im **Bawag**-Strafprozess behandelt, in dem die Verantwortung für die Milliarden Spekulationen der einstigen Gewerkschaftsbank in der Steueroase Karibik gerichtlich klargestellt werden sollte. Das erste, nicht rechtskräftige Urteil Anfang Juli 2008 zeigt, dass Ex-Bawag-Vorstandsdirektor **Dr. Christian Büttner** deswegen, wenn auch nur bedingt, zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, weil er die Interessen der Bank und seine persönlichen für wichtiger gehalten hatte als die Beachtung gültiger gesetzlicher Normen.

Lesen Sie weiter auf S. IV.



Foto: Schlagnitweit

ETHIKKOMMENTAR

MARKUS SCHLAGNITWEIT

Geld-Ernährung

Vom phrygischen König Midas erzählt ein antiker Mythos, dass er bei den Göttern einen Wunsch frei hatte: Alles, was er berührte, sollte sich in Gold verwandeln. Solange es sich um Gegenstände seines Palastes oder Gartens handelte, wählte er sich noch glücklich. Als aber in seiner begeisterten Umarmung auch seine geliebte Tochter zu Gold erstarrte und schließlich auch noch Speise und Trank zu Gold wurden, erkannte er seine lebensbedrohliche Lage: Gold kann man nicht essen! Der verzweifelte König Midas wurde durch die Gnade der Götter schließlich wieder von seiner tödlichen „Begabung“ erlöst. Wird eine ebenso rettende Befreiung auch in Hinblick auf das in die Krise geratene Weltfinanzsystem gelingen? Der G20-Gipfel hat sich auf umfassende Regulierung der Kapitalmärkte geeinigt; die noch unbeantwortete Frage lautet: Welche Regulierung und mit welchem Ziel? Eine überlebensnotwendige Ant-

wort darauf könnte der antike Midas-Mythos geben: Eine Reform der internationalen Finanzarchitektur muss u. a. sicherstellen, dass Kapital wieder auf seine bloße Funktion im Dienst realwirtschaftlicher Leistungserbringung eingeschränkt wird; alle Kapitalmarkt-Praktiken, die auf bloße Geldvermehrung ohne entsprechende Anbindung an realwirtschaftliche Wertschöpfung hinauslaufen, sind zu behindern oder überhaupt zu kriminalisieren. Das gilt insbesondere für jene Märkte, auf denen Güter gehandelt werden, die in unmittelbarem Zusammenhang mit menschlichem Überleben stehen, v. a. Grundnahrungsmittel und Wasser. Midas - so der Mythos - soll seinen Lebensabend geläutert in der Waldeinsamkeit verbracht haben. Eigentlich sollte man die Gegner solcher ordnungspolitischen Regeln zur Therapie auch einmal in die Wälder schicken, damit sie endlich kapieren: Geld kann man nicht essen.

DR. MARKUS SCHLAGNITWEIT IST DIREKTOR DER KSÖE (KATH. SOZIALAKADEMIE ÖSTERREICHS), WWW.GELDUNDETHIK.ORG

So können AnlegerInnen MitbesitzerInnen eines Mischforsts mit nachhaltiger Ausrichtung in Mittelamerika werden Ökologischer Mehrwert: „Ein Biokakao mit Rendite bitte!“

Finanzdienstleister ForestFinance bietet mit CacaoInvest ein neuartiges Veranlagungsprodukt im Forst- und Agrarbereich an - ein Direktinvestment mit nachhaltiger Ausrichtung. Freilich dürfen auch bei nachhaltigen Beteiligungen die allgemeinen Beteiligungsrisiken nicht unbeachtet bleiben.

Mit „Süße Rendite mit Kakao“ wirbt der deutsche Finanzdienstleister Forest Finance für ein neuartiges Forst-/Agrarprodukt mit nachhaltiger Ausrichtung. Dabei pachtet die AnlegerIn ein Stück Land in Panama und wird für 20 Jahre BesitzerIn eines sogenannten Mischforstes. Während dieser Zeit forstet Forest Finance neben heimischen Baumarten sowohl Nutzbäume zur Erzeugung tropischen Edelholzes als auch Kakao-bäume zur Produktion hochwertiger Bio-Kakaos auf. ForestFinance bietet seit Mitte der Neunzigerjahre Direktbeteiligungen an ökologischen Edelaufforstungen in Panama an.

Oh, wie süß ist Panama!

Die Idee zu CacaoInvest ergab sich wie von selbst, erzählt der Geschäftsführer **Harry Assenmacher** von Forest Finance: „Fast überall in Panama stehen in den Gärten der Menschen Kakaobäume, auch in Las Lajas, wo unsere Ursprungforste liegen. Dass Kakao als Baum im Schatten größerer Bäume angebaut wird, passt gut in unsere Philosophie alle Werte des Waldes zu nutzen.“

CacaoInvest: Eckdaten

Mit einer einmaligen Einlage von 9.600 bzw. 18.200 € wird die InvestorIn für die Dauer

von 20 Jahren PächterIn eines halben bzw. eines ganzen Hektars Agro-Mischforsts in Panama. Die Hälfte davon wird klassisch mit heimischen Baumarten beforstet, die andere Hälfte mit Kakao und schnell wachsenden Baumarten wie zum Beispiel Banane. Ab dem fünften Vertragsjahr tragen die Kakaopflanzen die ersten Früchte und es kommt zu jährlichen Ausschüttungen aus dem Verkauf von Bio-Kakao. Die prognostizierten Ausschüttungen liegen bei rund 7 %. Ausschüttungserlöse aus dem Holz-Verkauf sind frühestens nach 15 Jahren zu erwarten, erst dann sind die ersten Edelhölzer soweit, gerodet zu werden. Das bedeutet, dass der Großteil der Ausschüttungen in den letzten fünf Pachtjahren zu erwarten ist. Ein frühzeitiges Aussteigen aus dem Investment lohnt sich somit kaum. Insgesamt prognostiziert CacaoInvest eine Rendite von bis zu 9,5 % auf Basis der erwarteten Wertentwicklung von Kakao-Erträgen und Edelhölzern

Mehrwert für Natur und Gesellschaft

Der Mehrwert für Natur und Gesellschaft besteht in der ökologischen Aufforstung und im Anbau von Bio-Kakao. ForestFinance setzt auf die Anpflanzung in Mischkultur und kleinflächige Erzeugung in

ursprünglichen Ökosystemen. Das bringt neuen Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen und bedeutet einen Beitrag zum Klimaschutz. Die Edelhölzer werden nach den Kriterien des **Forest Stewardship Council (FSC)** aufgeforstet und bewirtschaftet. Der Kakao wird ausschließlich nach dem Fair-Trade-Prinzip gehandelt und bringt für die heimische Bevölkerung unter anderem sichere Arbeitsplätze.

Risiken?

Die Höhe der Verkaufserlöse und damit der jeweiligen Ausschüttung hängt ausschließlich vom aktuellen Marktpreis des Kakaos und der Hölzer ab. Dieses Risiko sollte sich die AnlegerIn bewusst sein. „Kakao - vor allem hochwertiger Biokakao - hat derzeit sehr gute Aussichten am Markt“, ist jedoch Assenmacher überzeugt. „Hohe Nachfrage trifft hier auf zurückgehendes Angebot, weil die großen Anbaugelände klassischer konventioneller Massensorten in Westafrika unter anderem Schwierigkeiten, unter anderem Krankheiten, leiden.“ Dennoch weist Assenmacher darauf hin, dass, wie bei jeder Direktinvestition, auch ein Totalverlust möglich ist. Gegen die Risiken wie Schädlingsbefall, Trockenheit und Feuer hat CacaoInvest Schutzmaßnahmen getroffen.

Zum Beispiel hilft gegen Schädlinge die ökologische Forstung selbst, denn die Artenvielfalt schützt besser vor Schädlingen aller Art als Monokulturen.

Cacao-Invest für ÖsterreicherInnen?

Investitionen in Cacao-Invest sind für jede EU-BürgerIn einfach zu erwerben. „Wie die einzelnen Länder der EU dann sowohl die Ausgaben als auch

die Erlöse beurteilen, kann jedoch unterschiedlich sein“ erläutert Assenmacher. Insgesamt handelt es sich bei CacaoInvest um eine exotische, aber auch interessante Veranlagungsmöglichkeit. Die Gründe, die für diese Veranlagungsform sprechen, liegen nicht zuletzt im ökologischen Mehrwert. Die Bedeutung von CacaoInvest für die heimische Bevölkerung müsste noch näher untersucht werden. Eine

Entscheidung für dieses Produkt sollte auf alle Fälle die genannten Risiken (Rohstoffmarkt) berücksichtigen und nur einen Teil des Gesamtpots ausmachen.

Katharina Sammer
Infos unter

www.forestfinance.de

Das hier vorgestellte Produkt stellt lediglich eine Investitionsmöglichkeit vor und sind NICHT als Empfehlung der Redaktion zu verstehen.

„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werden die Menschen feststellen, dass man Geld nicht essen kann.“ (indianische Prophezeiung)

SUPERIOR 6 - Global Challenges

- Attraktive Renditechancen
- Partizipation an zukunftsreichen Märkten
- Aktiver Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft
- Langjährige Erfahrung im Bereich nachhaltiges Investment

www.schelhammer.at/fonds

FONDS
Schelhammer & Schattera
Werte verbinden uns

Diese Einschaltung ist eine Marketingmitteilung und stellt keine Anlageberatung oder Anlageempfehlung dar. Die Prospekte des genannten Fonds in ihrer aktuellen Fassung (Kundmachung in elektronischer Form auf www.schelhammer.at/fonds und im Anzeigenteil zur „Wiener Zeitung“ vom 04.09.2008) stehen den Interessenten bei der Bankhaus Schelhammer & Schattera Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Bräunerstraße 3/2/6, 1010 Wien, kostenlos zur Verfügung. Prospekt abrufen unter: www.schelhammer.at/fonds

„Auf Kurs? Politik vor und angesichts der Krise an den Börsen“ Primat der Politik vor der Wirtschaft

Für eine „Rückkehr der Politik in die Marktwirtschaft“ plädiert der Generaldirektor der Investkredit Wilfried Stadler. Und er kritisiert auch das Basel-II-Kontrollschema, welches versagt hat.

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung von Katholisches Bildungswerk Wien und dem Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien am 3. April in Wien verlangte Stadler, den „Primat der Politik vor der Wirtschaft“ erneut einzufordern und zum „europäischen Erfolgsmodell“ einer „verantworteten Marktwirtschaft“ zurückzukehren. Unter dem Druck des anglo-amerikanischen Finanz- und Wirtschaftssystems sei dieses Modell aufgegeben worden, etwa indem man das Bilanzierungssystem vom ehemaligen Niedrigstwertesystem auf eine Kapitalmarktbeurteilung umgestellt und somit eine „un glaubliche Buchgeldvermehrung“ ausgelöst habe. Außerdem hätten das Versagen des Basel-II-Kontrollschemas sowie eine Hortung enormer Geldsummen in Hedge-Fonds außerhalb jeglichen Kontrollsystems die Finanzkrise angeheizt. Zur Bekämpfung der Krise forderte Stadler unter anderem die Einführung einer Kapitalverkehrssteuer, eine „vollständige Transparenz aller Finanztransaktionen“, eine „Austrocknung der Steueroasen“, die „massive Korrektur des Bilanzierungssystems“ sowie einen prinzipiell „neuen regulatorischen Ansatz“, der die Finanzwirtschaft wieder stärker an die Realwirtschaft knüpfe. Die Wertschöpfung müsse vor der Geldschöpfung rangieren.

Eine „Bildungs- und Demokratiekrise“ ortete die Leiterin des Instituts für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wiener Wirtschaftsuniversität, **Luise Gubitzer**, angesichts der Entwicklungen am Finanzmarkt und in der Wirtschaft. Eine „neoliberale Bildungspolitik“ sowie die „Ökonomisierung der Bildung“ während der letzten Jahre hätten zu einem Abbau von staatsbürgerlichen Bildungszielen wie Kritikfähigkeit, Diskussions- und Reflexionsfähigkeit, das Denken in Alternativen geführt. „Mitmachen statt Mitdenken“ habe die Devise des neoliberalen Bildungsbaus gelaute, und um zu Vermögen zu kommen, hätten alle „mitgemacht“ - Einzelpersonen ebenso wie güter-



v. l. n. r.: Luise Gubitzer, Michaela Moser, Elisabeth Ohnemus, Wilfried Stadler

produzierende Unternehmen, Versicherungsunternehmen, Gemeinden, öffentliche Betriebe, Banken. Kaum jemand habe Fragen gestellt oder Erklärungen gefordert, obwohl zivilgesellschaftliche Organisationen wie Attac oder kritische Ökonom/innen wie etwa die Schweizer Wirtschaftswissenschaftlerin **Mascha Madörin** schon frühzeitig auf Missstände hingewiesen hätten - so etwa auf die Spekulation mit Nahrungsmitteln, Immobilien und Versicherungen, die zu einer Preiserhöhung und damit zu einer Bedrohung der Versorgung führen, auf die Prekarisierung von Erwerbsarbeit infolge von Finanzinvestitionen oder die wachsende Undurchsichtigkeit von Finanzprodukten- und -geschäften. Bildung, so Gubitzer, müsse Fähigkeiten und Haltungen entwickeln helfen, damit Menschen als Staatsbürger/innen, Erwerbstätige oder auch Kirchenmitglieder zu hinterfragen und Einspruch zu erheben in die Lage kämen. Außerdem müssten Bildungseinrichtungen Orte sein, wo Ärger, Unmut, Ohnmacht und Ängste einen Platz fänden und artikuliert werden könnten, um eine friedliche Austragung von Konflikten infolge der Krise zu ermöglichen.

Die „Demokratiekrise“, so Gubitzer, zeige sich im mangelnden Bekenntnis von staatlichen Akteuren/innen zu demokratischen Elementen wie gerechter Einkommensverteilung, Kommunikation, Information, Konsultation, Mitbe-

stimmung und Transparenz. Zur Bekämpfung der Krise hole sich der Staat Rat bei genau jenen Menschen, die in der gewinnorientierten Wirtschaft die Krise mit herbeigeführt hätten. Sowohl in Österreich, als auch auf europäischer Ebene würden „die Böcke zu Gärtnern gemacht“ und die „Schockzustände“ nach Eintreten der Krise dazu genutzt, vorbereitete neoliberale Projekte und Programme umzusetzen - so etwa weitere Privatisierungen (ORF, Wasser, Bildung, Gesundheit, Pensionen), Freihandelsabkommen, Atypisierung und Prekarisierung im Sozial- und Dienstleistungsbe- reich, Einsparung von Frauen-Arbeitsplätzen und Propagierung des traditionellen Rollenbildes von der Frau als Mutter und Hausfrau. Einzelforderungen sei angesichts dieser Entwicklungen demokratisches Handeln aller staatlichen Akteure/innen. Besonders herausgefordert seien die Vertreter/innen des Dritten Sektors (NGOs, NPOs, zivilgesellschaftlich organisierte Kräfte) in ihrer Beobachtungs-, Bildungs-, Informations- und Anwaltschaftsfunktion, aber auch in ihrer Dienstleistungsfunktion, etwa indem sie ein Konjunkturpaket für den Dritten Sektor zusammenstellten und einforderten unter Einbezug von Kriterien wie Verteilungsgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Einbezug aller Bereiche der Wirtschaft, Beachtung ökologischer Standards, Halten und Schaffen von qualitativen Ar-

beitsplätzen für Frauen und Ausbau der Infrastruktur von Care-Ökonomie und Solidarischer Ökonomie.

Auf steigende Armut infolge von Finanz- und Wirtschaftskrise verwies die Vizepräsidentin des Europäischen Armutsnetzwerkes **Michaela Moser**. Vor allem die rasant wachsende Arbeitslosigkeit würde die ohnehin bereits bestehende und stetig wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft vorantreiben. Bereits jetzt lebten in Österreich 1 Million Menschen mit einem Einkommen unter der Armutsgrenze, seien 400.000 Menschen manifest arm. Die reichsten 10 % der Bevölkerung verfügten über 54 % des Geldvermögens, das oberste Promille über so viel, wie die gesamte untere Hälfte aller Haushalte. Auch global wachse die Kluft zwischen arm und reich, müssten sich 2,7 Milliarden Menschen in Armut denselben Betrag teilen wie 50.000 Reiche. Notwendig sei ein „Perspektivenwechsel“, so Moser, „von der Rettung zum Umbau des Systems“, „vom Hochhalten falsch verstandener Autonomie zur fürsorgenden Gesellschaft“, „vom Wachstumswahn zum Wachstumsbewusstsein zur Nachhaltigkeit“. Armut als „Mangel an Verwirklichungschancen“ verlange als Antwort die Erhöhung dieser Chancen, die Förderung von Teilhabe in Form einer Mindestsicherung, sozialer Infrastruktur und qualitätsvoller Arbeitsmarktpolitik.

Elisabeth Ohnemus
www.bildungswerk.at

Fairtrade-Presskonferenz mit Außenminister Spindelegger

„Der erneut gestiegene Umsatz mit Fairtrade-Produkten im österreichischen Handel auf mehr als 65 Mio€ spiegelt die erfreuliche Einstellung der Österreicher wieder: Auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten entscheiden sich Konsumenten für fair gehandelte Produkte und wollen eine nachhaltige Wirtschaft unterstützen“, freute sich **Mag. Hartwig Kirner**, Geschäftsführer von Fairtrade-Österreich, auf der Jahresbilanz-Presskonferenz im Hotel Stefanie, einem der drei Schick-Hotels, die auf Fairtrade-Kaffee umgestellt haben. Auch

Außenminister Dr. Michael Spindelegger legte ein Bekenntnis zur Entwicklungszusammenarbeit ab: „Wir unterstützen das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Das Prinzip von Fairtrade ist einfach und wirkungsvoll: Jeder Käufer leistet einen konkreten Beitrag, um jemand anderem in der Welt konkret zu helfen. Unser Ministerium unterstützt seit zehn Jahren die Fairtrade-Aktionen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. In meinem Ministerium wird viel Kaffee getrunken, etwa 500 kg im Jahr und wir verwenden seit Jahren ausschließlich fair ge-



Außenminister Spindelegger und Fairtrade-GF Kirner

handelten Kaffee. Dasselbe gilt auch für den Orangensaft.“ **Univ. Prof. Dr. Peter Schmedlitz**, Vorstand des Instituts für Handel und Marketing an der WU Wien, wagt eine optimistische Prognose für Fairtrade-

Produkte: „Ich glaube, dass sich der Marktanteil von Fairtrade-Produkten verdoppelt. Das Potential ist da, auch in Krisenzeiten werden fair gehandelte Produkte nachgefragt.“

BK-INTERVIEW

Eric Borremans, BNP Paribas



Börsen-Kurier-Mitarbeiter **Rudolf Erdner** sprach mit dem Leiter des nachhaltigen Investments von BNP Paribas, Paris, **Eric Borremans**, über das Thema ethisches Investieren und seinen Anlagestil in diesem Bereich.

Börsen-Kurier: Wie definieren Sie Ihren nachhaltigen Veranlagungsstil?

Borremans: Wir definieren nachhaltiges Investment als einen Investmentstil, der systematisch Umweltkriterien, soziale Kriterien und Corporate Governance zusammenführt, wenn wir einen Investmentprozess durchführen und seinen Erfolg überwachen.

Welche Wege beschreiten Sie bei diesen SRI-Prozess (social and responsible investment process)?

BNP Paribas geht dabei zwei Wege: zum einen den „Best-in-Class“-Ansatz: Dort investieren wir zum Beispiel in Investmentfonds, in denen sich ESG-Leaders befinden, das sind aus allen Branchen (mit Ausnahmen wie etwa Tabak, Alkohol oder Rüstung) jene Unternehmen, die ESG-Kriterien (environmental, social and corporate governance criteria) im Vergleich mit den Mitbewerbern ihrer Branche am besten erfüllen. Diese Best-in-Class-Strategien haben ähnliche Risiko- und Ertragsprofile wie die Gesamtbranche und eignen sich daher sehr gut als Alternative zu einem Investment in die ganze Branche. Die zweite SRI-Strategie setzt sich aus Themenfonds zusammen, zum Beispiel aus jenen, die in Unternehmen investieren, deren Gegenstand von Natur aus zu nachhaltiger Entwicklung beiträgt. Beispiele sind hier umweltfreundliche Technologien und Mikrofinanzierungen. Themenfonds bieten signifikante Wachstumschancen (z. B. erneuerbare Energien). Sie können aber volatil und marktenger sein und passen daher eher in ein diversifiziertes Portfolio.

Welche Asset-Klassen stehen Ihnen zur Verfügung?

Beim Best-in-Class-Ansatz investieren wir in Aktien (long only) und festverzinsliche Wertpapiere (Renten- und Geldmarkt), bei ökologischen Strategien in börsennotierte Aktien (long only/long-short equity) und Private Equity.

Wie überwachen Sie Ihre Investment-Prozesse?

Unsere Investmententscheidungen werden in einer Kombination aus „Finanzkriterien“ und „Nichtfinanzkriterien“ getroffen. Unternehmen, die aus nicht-finanzieller Sicht negativ bewertet sind, passen nicht in die Portfolios, um deren Integrität zu garantieren.

Wie suchen Sie die Unternehmen aus?

Die nicht-finanzielle Analyse hängt von der jeweiligen SRI-Strategie ab. Beim Best-In-Class-Ansatz verwenden wir eine breite Palette von ESG-Kriterien, welche auf jeden einzelnen Sektor adaptiert wird, um dessen spezifische Eigenschaften zu beleuchten. Beispielsweise legen wir in der Erdöl/Erdgasbranche einen Schwerpunkt auf den Klimaschutz. Bei unseren ökologischen Portfolios vergewissern wir uns, dass die Unternehmen die UN Global Compact Principles befolgen. Dazu gehören die Menschenrechte, die Unternehmenskultur der Unternehmen im Umgang mit ihren Angestellten, die Verantwortung im Umgang mit der Umwelt und die Wirtschaftsethik.

Wie erfolgt die laufende Überwachung einmal ausgewählter Unternehmen?

Unser dafür bestimmtes Team von sechs Analysten hat Zugang zu vernetzten Datenbanken und Recherchen spezialisierter Rating-Agenturen. Wir halten auch regelmäßige Besprechungen mit den Verantwortlichen jener Unternehmen, in die wir investieren, ab. Die kontinuierliche Überwachung wird durch tägliche Medienbeobachtung ergänzt.

Welche sind Ihre Hauptprodukte?

Unsere Herzeigstücke bei den Best-in-Class-Fonds sind der **Parvest Europe Sustainable Development** (europäische Aktien) und der **Parvest Euro (Corporate) Bond Sustainable Development**. Unser Haupt-Themenfonds ist der **Parworld Environmental Opportunities**.

Wir bedanken uns für das Gespräch!

Verantwortlich für das Sonderthema Geld & Ethik:

Rudolf Erdner
erdner@finanzdl.at



Geld & Ethik-Beirat:

Markus Blümel (ksoe), Dr. Klaus Gabriel (Institut für Sozialethik Uni Wien, CRIC), Mag. Susanne Hasenhüttl (ÖGUT), Dr. Katharina Sammer (ÖGUT), Dr. Markus Schlagnitweit (ksoe, CRIC)

Die nächste Ausgabe von Geld & Ethik erscheint am
21. 5. 2009.



GASTKOMMENTAR

HARTWIG KIRNER

Nahrungsmittel

Die Ursachen für die gegenwärtige Nahrungsmittelknappheit sind vielfältig: Zum einen ist die Nachfrage nach Lebensmitteln durch aufstrebende Nationen wie Indien, China und andere Schwellenländer gestiegen. Zum anderen wirkt sich die wachsende Nutzung von Nahrungsmitteln für die Erzeugung von Biokraftstoffen negativ aus. Indonesien beispielsweise will die Anbauflächen von Palmöl für Bioenergie von derzeit 6,5 Mio ha auf 26 Mio ha in den nächsten zwanzig Jahren ausweiten - damit gehen riesige Flächen für die Lebensmittelproduktion verloren. Ein dritter wichtiger Grund ist die in den vergangenen Jahren vor allem von den Industrienationen vorangetriebene, weltweite Liberalisierung des Agrarmarkts. Dadurch werden die Entwicklungsländer mit hoch subventionierten und billigen Lebensmitteln aus dem Norden überschwemmt. Die Kleinbauern vor Ort können mit diesen Dumping-Preisen nicht konkurrieren - die lokale Produktion bricht zusammen. Die Produzenten, die weitermachen, sehen sich erschwer-

ten Bedingungen ausgesetzt. Saatgut - früher selbst erzeugt und frei verfügbar - muss zu hohen Preisen von Konzernen gekauft werden, die darauf ein Monopol besitzen. Vielen Kleinbauern fehlt es an Organisationsstrukturen, sie bekommen keine Kredite, haben keine ausreichenden Transportmittel, keinen direkten Zugang zu den lokalen oder gar überregionalen Märkten und sind von Zwischenhändlern abhängig. Viel zu oft setzen sie nur auf den Anbau eines einzigen Produktes und machen sich so extrem verwundbar.

Der faire Handel setzt all dem sein Konzept der gezielten und nachhaltigen Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Lateinamerika, Afrika und Asien entgegen. Mit Maßnahmen wie garantierten Mindestpreisen, langfristigen Abnahmevereinbarungen und weitgehender Ausschaltung des Zwischenhandels können ProduzentInnen nicht nur ihre unmittelbare Existenz sichern, sondern auch ihren ländlichen Lebensraum nachhaltig, attraktiv und lebenswert gestalten.

MAG. HARTWIG KIRNER IST GESCHÄFTSFÜHRER VON FAIRTRADE ÖSTERREICH

Das Weltfinanzsystem



v. l. n. r.: Christian Felber, Katharina Sammer, Moderator Johannes Kaup, Markus Weigl, Günter Bergauer, Klaus Gabriel

Diesem und anderen Themen stellten sich die ExpertInnen beim Symposium im Radio-Kulturhaus am 16. April. Im ersten Teil des Abends wurde die Ursache der aktuellen Finanzkrise analysiert und die derzeitigen politischen Entwicklungen und getroffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Krise diskutiert. Die Ursachen der Krise wurden in der jahrelangen Deregulierung der Finanzmärkte, undurchsichtigen Finanzprodukten und mangelnder Kontrolle bei den verantwortlichen Akteuren an der Börse gesehen. Derzeit pumpen die Regierungen weltweit Milliarden Dollar und Euro an Steuergeldern in das marode Bankensystem und in die Wirtschaft, um das Vertrauen auf den Märkten wiederzugewinnen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen am G20-Gipfel zur Beseitigung der Krisen können nur als erster Schritt gewertet werden. Viele Themen, wie zum Beispiel die Verhinderung von Währungsspekulationen, wurden beim Gipfel ausgelassen. Der zweite Teil des Abends widmete sich der Rolle des ethisch-ökologischen Investments in Zeiten der Finanzkrise. Ethisch-ökologisches Investment bedeutet sein Geld nicht nur nach ökonomischen (Rendite), sondern auch nach ökologi-

schon und sozialen Kriterien anzulegen. Damit kann eine nachhaltige Entwicklung vorangetrieben werden. Neben der notwendigen Reform des Finanzsystems kann ethisch-ökologisches Investment somit wesentlich zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise beitragen.

Zum Thema sprachen **Günter Bergauer**, Vorstandsdirektor und Mitglied des Ethikbeirates im Bankhaus Schelhammer & Schattera, **Christian Felber**, Wirtschaftspublizist, Finanzexperte und Gründungsmitglied von attac Österreich, **Markus Weigl**, Geschäftsführer der **Superfund Consulting GmbH**, Mitglied der Expertengruppe „Financial Education“ der EU-Kommission, **Katharina Sammer**, Expertin für nachhaltigen Finanzmarkt bei der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT), Koordinatorin der Plattform „Ethisch-ökologisches Investment“ und **Klaus Gabriel**, Sozial- und Wirtschaftsethiker an der Universität Wien, Vorsitzender der Plattform „Corporate Responsibility Interface Center“ (CRIC) für ethische Investoren. Moderation: **Johannes Kaup**. Die Veranstaltung wurde vom **Bankhaus Schelhammer & Schattera** unterstützt. *Katharina Sammer*

Die Globalisierung stellt uns jetzt und in Zukunft vor neue Herausforderungen
Südwind im globalen Wirtschaftswetter

Südwind setzt sich als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation seit 30 Jahren für eine nachhaltige globale Entwicklung, Menschenrechte und faire Arbeitsbedingungen weltweit ein.



Foto: Südwind

Durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit, die Herausgabe des „Südwind“-Magazins und anderer Publikationen thematisiert Südwind in Österreich globale Zusammenhänge und ihre Auswirkungen. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Kampagnen- und Informationsarbeit engagiert sich Südwind für eine gerechtere Welt.

Südwind baut seine inhaltliche Arbeit auf den Grundsätzen des 1979 gegründeten überparteilichen und überkonfessionellen Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE) auf, der 1997 in Bundesverein Südwind Entwicklungspolitik umbenannt wurde. Die Südwind Agentur wurde von diesem 1997 gegründet und mit der Durchführung entwicklungspolitischer Medien-, Informations- und Bildungsarbeit beauftragt. Sie kann dabei auf über viele Jahre hindurch entwickeltes Wissen, Erfahrung und Know-how zurückgreifen.

Südwind kritisiert neoliberale Globalisierung und entwickelt mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren Entwürfe, Perspektiven und Visionen für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige, kultu-

rell vielfältige und politisch partizipative Welt. Südwind solidarisiert sich mit den von der derzeitigen Weltordnung Benachteiligten, also allen jenen, denen es an politischer Mitsprache, materiellen Ressourcen, kultureller Verwirklichung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Bildung und Gesundheit mangelt.

Handeln

Ob Bekleidung, Blumen, Spielzeug, Computer, Orangensaft oder Schokolade: unzählige Produkte, die wir alltäglich konsumieren, kommen aus so genannten Entwicklungsländern, wo sie teilweise unter Missachtung von Menschen- und Arbeitsrechten hergestellt werden. Mit Kampagnen wie „Handeln für Eine Welt“ oder der „Clean Clothes Campaign“ macht Südwind in Österreich darauf aufmerksam, zeigt Handlungsalternativen auf und macht Druck auf Unternehmen durch Informationsveranstaltungen und -materialien, Petitionen und Beratung zu bewusstem Konsum, Pressearbeit und öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Bilden

Die Globalisierung und ihre Auswirkungen stellen uns und

die kommenden Generationen vor völlig neue Herausforderungen. Bildung soll Menschen Orientierung geben und dazu befähigen, demokratisch an einer nachhaltigen und sozial gerechten Zukunft unserer Welt mitzuwirken.

Deshalb betätigt sich Südwind seit vielen Jahren im Bereich Bildungsarbeit und Globales Lernen. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bietet Südwind unter anderem Infotheken mit Literatur, Filmen und Unterrichtsmaterialien, Workshops, Ausstellungen, Seminare und Lehrgänge.

Informieren

Seit seiner Gründung liegt eine der Stärken von Südwind in seinen Medien, die den Reichtum dieser Einen Welt transportieren. Dabei geht es nicht nur um den ungerecht verteilten materiellen, sondern insbesondere um den Reichtum an Lebensformen, Kulturen und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Südwind-Magazin, der Internetplattform One-world.at und der online Foto-Datenbank Südbild.at gibt es Informationen zu globalen Themen, Weltmusik und entwicklungspolitischer Literatur, Veranstaltungshinweise, Bildmaterial und vieles mehr.

Services

Millionen Menschen leiden unter Hunger, Armut, Ausbeutung, Gewalt, Kinderarbeit, gesundheitlichen und ökologischen Schäden.

Unternehmen können in ihrem Wirkungsbereich aktiv zur Beseitigung dieser Missstände beitragen und auf freiwilliger Basis (Corporate Social Responsibility - CSR) soziale und ökologische Standards in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Interessensgruppen integrieren. Deswegen bietet Südwind Interessenten Beratungen, die Erstellung von Studien und Schulungen für MitarbeiterInnen zum Thema CSR an.

Die Arbeit setzt Südwind über ein Netz von Regionalstellen und Kooperationspartnern in Österreich weit und ist in ihren Projekten in Kooperation mit anderen Organisationen auch global tätig. Die Komplexität der Nord-Süd-Beziehungen (kulturell, wirtschaftlich, ökologisch, politisch, zwischenmenschlich) spiegelt sich in der Vielfalt der Themen und Projekte wider.

Christiana Schröder

Infos unter www.suedwind-agentur.at

LITERATUR-TIPP

Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise

Das Ausmaß der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stellt auch die Wissenschaft vor neue Herausforderungen. Fünfzehn Professorinnen und Professoren der Universität St. Gallen (HSG) nehmen im Rahmen der Exzellenzinitiative „Responsible Corporate Competitiveness“ in einer gemeinsamen Publikation Stellung. Unter dem Titel „Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise - Perspektiven der HSG“ analysieren sie deren Ursachen und Konsequenzen. Die Publikation liefert Lösungsansätze im

Sinne einer verantwortungsvollen Unternehmensführung. Die Themen sind sowohl volks- (internationaler Finanzarchitektur, Regulierung, Wirtschaftspolitik, Einlagensicherung, etc.) als auch betriebswirtschaftlicher Natur (verantwortungsvoller Unternehmensführung: Unternehmenskontrolle, Finanzierung, Governance, etc.).

Christoph Lechner, Simon Evenett, Peter Nobel, Manfred Gärtner & Florian Jung, Manuel Ammann, Beat Bernnet, Monika Büttler, Ernst

Mohr, Günter Müller-Stewens, Klaus Spremann, Hato Schmeiser, Martin Hilb, Peter Leibfried, Walter Brenner & Robert Winter, Thomas Dyllick: „Responsible Corporate Competitiveness (RoCC)“, Universität St. Gallen, 2009, kostenlos zum Herunterladen unter: www.rocc.unisg.ch, Menüpunkt Publikationen



Fortsetzung von Seite I

Wirtschaft und Ethik

Ein Biotech-Konzern beschäftigt sich mit der Entwicklung vorbeugender Impfstoffe gegen häufige Infektionskrankheiten, weil diese jährlich hunderttausende Opfer fordern. Der Konzern nimmt zur Finanzierung seiner aufwendigen Erforschung neuer Wirkstoffe und zu deren internationaler Marktzulassung Geld auf dem Kapitalmarkt auf und gibt dafür Aktien aus. Die Aktionäre erwarten sich von ihrem Biotech-Konzern anständige Dividenden als Lohn für das hingegebene Geld. Ist es ethisch korrekt, an der Vorbeugung gegen tückische Krankheiten seiner Mitmenschen Geld zu verdienen? Wenn nein, wie sonst sollte man vorgehen, um gefährliche Infektionskrankheiten erfolgreich zu bekämpfen? Würden Forscher, Mediziner, Unternehmer, Finanziers und Behörden freiwillig und kostenlos Initiativen ergreifen, um häufige Infektionen hintanzuhalten, oder muss die Gesundheit mangels anderer Initiativen über marktwirtschaftliche Instrumente vorangetrieben werden?

Dieser Fall trifft auf die **Intercell AG** zu, das einzige börsennotierte heimische Biotechnologieunternehmen, das Millionenbeträge in die Herstellung und klinische Erprobung von Vakzinen, Wirkungsverstärkern und deren Verabreichung gegen japanische Enzephalitis, moderne Krankenhausinfektionen und Reisekrankheiten investiert und vor der Marktreife dieser Prophylaxen steht, während sich bisherige Erfinder von Heilmitteln, die Pharmaindustrie, mangels Erfolgs zurückzieht.

Die weltweite Finanzkrise verschärft die beginnende Konjunkturschwäche und dezimiert die Vermögen von Unternehmen und Privatpersonen. Ihren Ausgang nahm die Krise in den USA, wo Investmentbanken, angefeuert durch Staat und Notenbank (Federal Reserve), Billigkredite an Menschen vergaben, die sich

überwiegend die Zinsen, ganz zu schweigen von späteren Tilgungen, nicht leisten konnten. Zur Abwehr der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 auf US-Ziele befürchteten Wirtschaftskrise ließen die Banken, zuerst jene in den USA, später in allen Erdteilen, die die US-Subprime-Kredite mit hohen Risikoaufschlägen und damit Gewinnerwartungen erwarben, alle Rücksicht auf vorsichtigen Umgang mit den ihnen anvertrauten Spargeldern fahren und schlitterten in Milliardenverluste. Nun müssen viele Staaten gefährdete Banken mit Milliardenbeträgen aus dem Budget stützen.

Die an den Spekulationen weitgehend unbeteiligten Bürger zahlen für die gegenwärtige Finanzkrise doppelt: durch Abwertung ihrer Vermögen sowie durch die Steuern und Abgaben, die sie an ihren Staat abführen. Ist das ethisch? Andererseits: Würden die Staaten tatenlos zusehen, wie ihre Banken zugrundegehen, würden noch mehr Vermögenswerte ihrer Bürger zunichte und die Wirtschaft würde mangels Krediten zusammenbrechen. Wäre das ethisch gerechtfertigt?

Öffentliche Hände, der Staat, Sozialversicherungsträger, sind mit rasch wachsenden Ausgaben zur Vorsorge für die Lebensrisiken ihrer Bürger, die Mitglieder von Kranken- oder Pensionsversicherungsanstalten bei gleichzeitig stagnierenden Beitragseinnahmen konfrontiert. Ursachen sind einerseits die Überalterung der Gesellschaft, das steigende Lebensalter der Menschen und der Rückgang der Geburtenzahl, so dass die Zahl der Beitragseinzahler schrumpft und die Zahl der Anspruchsberechtigten steigt; andererseits steigen die Ansprüche der Gesellschaft an die medizinische Versorgung, nach Komfort im Ruhestand sowie der Pflegebedarf. Das überfordert die sozialen



Foto: Paul-Georg Meister

Kassen, die nur durch Leistungskürzung und steigende Staatszuschüsse vor dem Konkurs geschützt werden können. In dieser prekären Lage kommt der privaten Vorsorge für Krankheit, Alter und Pflegebedarf zunehmende Bedeutung zu. Doch statt alle Initiativen zur Eigenvorsorge durch die Staatsbürger zu fördern, werden sie vom Steuersystem behindert. Ist diese Haltung des Staates ethisch gerechtfertigt oder verwerflich? Wenn aber die Eigenvorsorge der Menschen durch einschlägige Produktangebote gewinnorientierter Versicherungen oder Banken befriedigt wird, die von provisionsgesteuerten Vertriebsapparaten verkauft werden, fragt sich: Ist es ethisch korrekt, an der Befriedigung des menschlichen Vorsorgebedürfnisses zu verdienen?

Konkret belastet das österreichische Steuersystem, als einziges in Europa, den Abschluss privater Er- und Ablebensversicherungen mit 4 % Aufschlag auf die Prämie bei laufend laufenden Verträgen mit laufender Einzahlung und mit 11 % bei Einmalergängen bzw. bei weniger als 10 Jahren Laufzeit. Österreichs Privatversicherer fordern vom Staat seit vielen Jahren einen Verzicht auf die Besteuerung von Lebensversicherungen, bisher erfolglos. Wäre es für unseren Staat angesichts der Leere der Sozial-

kassen und drohenden Kürzung ihrer Leistungen nicht eine ethische Pflicht, seine Bürger mit finanziellen Anreizen zur ergänzenden Eigenvorsorge zu motivieren statt sie mit Sondersteuern für diese Initiative zu bestrafen?

Auch große Staatenbünde stellen die Ethik vor harte Bewährungsproben. Die Europäische Union zwingt ihre Mitgliedstaaten unter Strafandrohung, einander widersprechende Anweisungen gleichzeitig in die Tat umzusetzen. Ob eine solche Zumutung ethisch gerechtfertigt ist, ist in der EU bisher von keinem Experten oder Politiker in den vielen Entscheidungsorganen offiziell gestellt und beantwortet worden.

Zwei Beispiele: Die EU verlangt in einer Richtlinie die Erhöhung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wie Biomasse, Solarenergie oder Wasserkraft. Gleichzeitig fordert sie in ihrer Wasserrahmenrichtlinie die Drosselung der Leistung von Lauf- und Speicherkraftwerken, um den natürlichen Lauf von Flüssen wiederherzustellen. Beide Richtlinien hören sich jede für sich betrachtet gut an. Im praktischen Wirtschaftsleben aber widersprechen einander ihre Ziele diametral, dennoch sind sie umzusetzen.

In ihrer Effizienzrichtlinie fordert die EU die Erhöhung des Energiewirkungsgrades, um mit weniger Energie und damit weniger Treibhausgasemissionen ohne Komfortverlust künftig denselben wirtschaftlichen Effekt wie bisher zu erreichen. Die EU hat jedoch von ihren Mitgliedern auch die Digitalisierung des Fernsehens verlangt. Dazu mussten Millionen Haushalte aufwendige Zusatzgeräte kaufen und zu deren Betrieb mehr Strom einsetzen - durchschnittlich 107 Kilowattstunden im Jahr -, ohne deswegen mehr Komfort beim Fernsehen zu genießen. So hat die EU eine Maßnahme durchgeboxt, die das Gegenteil von Energieeffizienz bringt, aber offensichtlich der Optimierung der Geschäftsziele der TV-Industrie dient. Ist das ethisch korrekt?

Vom Himmel auf den Boden der Tatsachen

Diese und andere Praxisbeispiele zeigen, dass es für verantwortungsvolle Bürger ein dauerndes Anliegen sein sollte, eigenes Handeln, das seiner Familie, der politischen Mandatäre und Machttäger sowie die Vorgänge in seinem beruflichen und sozialen Umfeld auf ihre ethische Verträglichkeit hin zu prüfen und die Schlüs-

se daraus mit seiner Familie, den Nachbarn, Freunden und Kollegen zu diskutieren. Man sollte aber nicht den Fehler begehen, Gerichtsurteile, und seien es auch Sprüche höchster Senate, für ethische Leitlinien zu halten.

Schon die innere Auseinandersetzung mit ethischen Zweifelsfragen und die Kommunikation darüber mit anderen wird dazu beitragen, das Thema Ethik vom fernen Himmel der Wissenschaft und Kirchen auf den realen Boden der Jetztzeit zu bringen.

Das versuchte bereits der deutsche Aufklärer und Philosoph Immanuel Kant im 18. Jahrhundert mit dem „kategorischen Imperativ“. Er lautet: „Handle nur nach demjenigen Willen, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“

Anfangs der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts schrieb **Horst Tippelt** und **Klaus Zimmermann** in „Ethik und Geschäft“: „Im großen und ganzen kann Wirtschaftsethik nur ein Reflex auf die Wertstrukturen und Wertveränderungen in der Gesellschaft sein. Die Diffusion dieser Werte in das System Wirtschaft geschieht dabei über die Beschäftigten und Leitenden, über Menschen also und über die Verbindungslinien der Wirtschaft zur Gesellschaft, insbesondere den Absatz von Produkten und die Aufnahme von Kapital.“ Damit wäre das Thema Ethik und Wirtschaft den stetigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen, geradezu modischen Veränderungen unterworfen und würde schillernd. Darf es so sein?

„Ökonomie und Ethik (vernunftgesteuertes Guttun) sind in zeitgenössischen Unternehmen durchaus nicht unvereinbar“, meinte der Wirtschaftsethiker der Wirtschaftsuniversität Wien, **Matthias Karmasin**, 1996 und peilte die Versöhnung von geistigen Gegensätzen an.

Der US-Amerikaner **Anthony Weston** schreibt in seiner „Einladung zum ethischen Denken“, dass die Ethik ein offenes Herz verlange, daher sei auch ihr Ende offen. „Der Kreis unserer ethischen Anliegen tendiert zur Erweiterung, zu einer immer größeren Vollständigkeit.“ Wirtschaft und Ethik ist demnach eine wichtige, aber bei weitem nicht die einzige, vor allem nicht die jüngste Form der Lehre über verantwortbares einzel menschliches und gesellschaftliches Leben.

„Die Wirtschaftsethik ist die Wissenschaft von der sittlichen Ordnung der gesell-

schaftlichen Kooperation der Menschen bei der Deckung ihres Lebens- und Kulturbedarfs“, dozierte der Wiener Universitätsprofessor für Ethik und Sozialwissenschaften, **DDr. Johannes Messner**. „Unternehmensgewinn ist daher wesentlich verschieden vom Kapitalprofit, der Anteil am Unternehmensertrag, z. B. in der Form von Aktiendividenden ist, und vom Zins, der der Preis für die Kapitalnutzung ist. Grundprinzip der Produzentenethik ist: Unternehmensgewinn ist gerechtfertigt, soweit ihm eine produktive sozialwirtschaftliche Leistung entspricht. Soweit ihm eine solche Leistung nicht entspricht, entbehrt er der sittlich-rechtlichen Begründung und stellt zumeist Wucher in irgendeiner Form dar.“

Anders definierte der nach eigenen Angaben gläubige Moslem und Chef des dank Petrodollarerlösen milliardenschweren Staatsfonds Mubadala des arabischen Ölemirates Abu Dhabi, **Khaldoon Al Mubarak**, uns gegenüber ethischen Wirtschaften und zugleich Scharia-gerechtes Veranlassen von Geld: „Alles, was ökologisch nützlich, umwelterhaltend bzw. -schützend ist, ist gleichzeitig auch ethisch korrekt und vom Koran gewollt.“

Wiens Altbischof **Kardinal Dr. Franz König** sagte: „Für alle, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, geht es darum, sich heute mehr als früher über eine ethische Orientierung Gedanken zu machen. Es geht um drei Grundsätze: Handle als Mann der Wirtschaft sachgerecht; handle aber auch menschengerecht und handle mit Blick auf soziale Zusammenhänge auch gesellschaftsgerecht. Eine so verstandene ethische Orientierung ist leicht zu verstehen, hat aber mit einer komplexen Wirklichkeit zu tun und verlangt oft schwierige Entscheidungen zwischen dem Für und Wider.“ Dr. König räumte ein: „Die Wirtschaft braucht mutige Unternehmer, die neue Investitionen in Angriff nehmen, um damit neue Arbeitsplätze zu schaffen, und die auch bereit sind, ein überlegtes Wagnis einzugehen.“

Das Thema Ethik und Wirtschaft ist demnach ein weites Land, so wie die menschliche Seele. es

Dieser Beitrag entstand auf Anregung von „tools - Österreichische Fachzeitschrift für Erwachsenenbildung“ des Forum Katholischer Erwachsenenbildung und wurde in gekürzter Form bereits in „tools“ veröffentlicht.

Diese weltweit einzigartige Benchmark ist ein wichtiger Impuls zur Weiterentwicklung des Marktes ethisch-ökologisch orientierter Investmentfonds - in Österreich und wohl bald auch darüber hinaus.

Max Deml, ÖKO INVEST Verlag

➔ www.oesfx.at

Hier finden Sie aktuelle Informationen zum OeKB Sustainability Fund Index inklusive Details zu den Kriterien für Fonds und zur Berechnungsmethode.

OeKB
Österreichische Kontrollbank AG
www.oekb.at